

Wir brauchen artenreiche Blumenwiesen!

Ältere erinnern sich vielleicht an von Insekten verklebte Autofenster, an ein geschäftiges Summen und Brummen in knallbunten Wiesen. Alles so gut wie vorbei, warnen Vogelkundler und Insektenforscher und legen als Beleg eine neue Studie von der Schwäbischen Alb vor. Wissenschaftliche Zählungen hätten mit Blick auf die vergangenen 50 Jahre einen Rückgang der sogenannten wandernden Insekten auf der Schwäbischen Alb um bis zu 97 Prozent ergeben.

„Was wir heute noch sehen, ist niederschmetternd“, sagte der Naturforscher Wulf Gatter. Vor mehreren Jahrzehnten habe die Luft noch von Tausenden ziehender Schwebfliegen geflimmert. Heute dagegen lohne es sich nicht mehr, Fangreusen für Insekten aufzustellen.

„Es ist heute kaum mehr vorstellbar, in welcher Häufigkeit in den 1970er- und 1980er-Jahren Schwebfliegen vorgekommen sind“, bilanziert Gatter. Von einem ähnlichen Rückgang seien aber auch die Waffenfliegen und Schlupfwespen betroffen.

Lars Krogmann, Entomologe vom Naturkundemuseum in Stuttgart, warnte davor, die Folgen dieses Sterbens zu unterschätzen: „Je mehr Arten verschwinden, desto mehr gerät das Ökosystem aus den Fugen. Diese Bedrohung ist allgegenwärtig, sie ist permanent, und sie geht weiter zurück, als wir uns bewusst sein mögen.“ Die jüngste Studie verstärke alle bisherigen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zum Rückgang der Insekten. Der Rückgang von Schlupfwespen, die sich parasitisch in anderen Insekten entwickeln, müsse alarmieren. „Wenn die Wirtsinsekten im Bestand zurückgehen, dann sterben auch ihre Gegenspieler mit unabsehbaren Folgen für unsere Ökosysteme.“

Als Ursachen für den Trend gelten die industrielle Landwirtschaft, Pflanzenschutzmittel, die zunehmende Überdüngung und die Versiegelung, also der Flächenverbrauch durch neue Siedlungen, neue Gewerbegebiete und Straßen.

Enttäuscht äußerte sich Gatter über das neue baden-württembergische Artenschutzgesetz, nach dem der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel bis 2030 um 40 bis 50 Prozent zurückgefahren werden soll. „Das ist nur ein sehr kleiner Fleck“, sagte Gatter. „Bei der heutigen Entwicklung sehe ich keine großen Fortschritte.“ Kostspielige Blühstreifen-Programme des Landes oder Blühpatenschaften greifen nach Ansicht Krogmanns zudem viel zu kurz. Beim Säen würden die falschen Blühmischungen als Insektenfutter benutzt, außerdem zielten sie auf Vollinsekten ab und nicht auf deren ebenfalls bedrohte Larven. Sogenannte Blühpatenschaften seien zudem zeitlich befristet und wenig hilfreich.

Der naturschutzpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Markus Rösler, nannte das Ergebnis der Studie „einen katastrophalen Spiegel unseres menschlichen Umganges mit der Natur“. Er forderte, das Monitoring dauerhaft im Haushalt abzusichern und den Naturschutzetat von derzeit 90 auf 150 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Für den Naturschutzbund Deutschland mahnte dessen Artenschutzreferent Martin Klatt: „Die

Ergebnisse müssen uns als Gesellschaft wachrütteln.“ Das Land müsse seine Agrarförderprogramme ökologisch noch effektiver gestalten, forderte er.

Um den Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten und EU-Recht durchzusetzen, schritt die EU-Kommission in 2019 ein und startete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesregierung. Dieses Verfahren wurde vom Naturschutzbund NABU mit einer Beschwerde bei der EU-Kommission angestoßen. Es geht also direkt auf das Engagement aus der Zivilgesellschaft zurück. Inmitten der deutschen Ratspräsidentschaft rückt eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland nun näher. Die EU-Kommission schickte am vergangenen Freitag Deutschland eine letzte Mahnung, endlich den Schutz der Blumenwiesen zu verbessern und damit den Verpflichtungen aus der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie nachzukommen. Die EU-Kommission kritisiert insbesondere die Verschlechterung des Zustandes von Mähwiesen, die Lebensraum für bestäubende Insekten, Bienen und Schmetterlinge sind.

Viele engagierte Landwirt*innen zeigen jeden Tag, dass es anders geht, trotz des enormen Drucks durch Preiskampf und Exportorientierung. Der Artenverlust kann mit einer nachhaltigen Transformation der Landwirtschaft aufgehalten werden. Dies zu fördern, muss eine Priorität für die Bundesregierung sein – um diese Landwirt*innen zu unterstützen und die Artenvielfalt zu schützen. Leider macht die Bundesregierung keine ernsthaften Anstrengungen. Im Gegenteil, sie blockiert europäische Lösungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Bundesregierung hat nun zwei Monate Zeit, um auf das Schreiben der EU-Kommission zu reagieren. Andernfalls kann die EU-Kommission Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Dann drohen teure Strafzahlungen. Wir Grüne werden im Europaparlament die Zivilgesellschaft und EU-Kommission in ihren Anstrengungen für den Erhalt der artenreichen Blumenwiesen mit aller Kraft unterstützen. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Agrarwende! Damit es auf unseren Wiesen in Zukunft wieder sirrt, zirpt und zwitschert.

Quellen (Martin Oversohl, Stuttgart und Sven Giegold, Mitglied der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament)

<https://sven-giegold.de/naturschutz-blumenwiesen-verschwinden/>